UNSERE LINIE ANLÄSSLICH DER PROZESSE GEGEN TEILNEHMER AN DER SPANIENDEMONSTRATION

Anläßlich der Hinrichtung von fünf spanischen antifaschistischen Kämpfern im September vorigen Jahres kam es auch in Wien zu einer Welle von Empörung und Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes, von der Antifaschisten und Demokraten aus allen politischen Lagern erfaßt wurden.
(Die Ereignisse sind dokumentiert im Klassenkampf Okt.und Nov. 1975 sowie im zentralen Flugblatt Ende spt. und Anfang Okt.)

Jetzt soll, beginnend mit 10.Mai, drei wahllos herausgegriffenen Teilnehmern der Prozeß gemacht werden. Die formelle Anklage lautet: "Wi derstand gegen die Staatsgewalt" und "Körperverletzung".

IN WELCHER SITUATION+FINDET DER PROZESS STATT? +DER SPANIENSOLIDARITÄT

(1) Seit dem Tode Francos und der Thronisierung von Juan Carlos hat der Klassenkampf in Spanien nichts an Schärfe verloren. Das spanische Volk hat nicht nachgelassen den Kampf gegen das faschistische Regime und für seine gerechten Forderungen zü führen (vgl.RS des KB Wien Nr.40)

Die Ereignisse in Spanien am Vorabend des 1.Mai, die Verhaftungswelle, das Verbot von Maiveranstaltungen und das Zuschlagen auf die trotzdem durchgeführten Manifestationen haben neuerlich gezeigt, daß sich einerseits am faschistischen Charakter des spanischen Regimes kein Deut geändert hat, andererseits aber auch daß der Widerstand und die Kraft des spanischen Volkes wächst.

Die Entwicklung des Klassenkampfs in Spanien ist die Grundlage für die weitere Entfaltung und Entwicklung der internationalen Solidaritätsbewegung, so auch derjenigen in Österreich.

(2) Trotzdem wir damit rechnen müssen, daß die Bourgeoisie in dieser Frage durch das "Liberalisierungs"geschwatz gewisse ideologische Erfolge erzielt haben wird, kann man nicht davon ausgehen, daß die Haltung der Solidarität mit dem spanischen Volk abgeflaut ist.
Die Tatsache, daß der SP-Parteivorstand gezwungen war, eine Resolution, die vom span.Botschafter in Wien heftig zurückgewiesen wurde, zu verabschieden und die Tatsache, daß es die ursprüngliche Absicht der SP-Jugend war den Fackelzug am 30.April unter Losungen zu Spanien und Portugal zu gestalten, sind wichtige Zeichen für die Richtigkeit dieser Einschätzung.

(3) Wir können aber davon ausgehen, daß sich die Bourgeoisie in der Spanien-Frage einer momentan schlummernden aber massiven Haltung der Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegenübersieht und durchaus damit rechnet, daß diese Haltung sich relativ rasch einen massiven Ausdruck verschaffen kann.

Die Regierung wird sich hüten, diesen Prozeß auch nur andeutungsweise als einen politischen Prozeß zu führen, wird sich hüten, den Eindruck zu erwecken, als richte sich dieser Prozeß gegen die Solidaritätsbewegung.

Schon im Zusammenhang mit den damaligen Ereignissen selbst hat die Regierung ihre Linie festgelegt, die sie auch anläßlich der Prozesse beibehalten wird. Sie richtet sich nicht geger die Solidaritätsbewegung, sondern gegen einige kriminelle Elemente, die unter dem Deckmantel der Politik nur Radau schlagen wollen. Auf dieser Linie führt die Bourgeoisie aber aus der Defensive heraus, ohne besondere Lautstärke einen Gegenangriff auf die gesamte Solidaritätsbewegung. Sie entkleidet die Aktionen ihres politischen Inhalts und stellt damit klar, daß sie Solidarität nur solange zu dulden bereit ist, solange die politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse nicht gestört werden.

Damit wird der Versuch unternommen - wie ja in anderen Bereichen des Klassenkampfes auch - die Volksbewegungen den Bourgeoisinteressen zu unterwerfen.

Der nächste Schritt auf dieser Linie ist die Vorbereitung und Praktizierung der Einschränkung des Demonstrationsrechts überhaupt, weil in jeder Demonstration und jeder Manifestation die Gefahr steckt, daß die politischen Interessen der Bourgeoisie getroffen werden.

Diesen Gegenangriff der Bourgeoisie, der ohne besondere Lautstärke und im konkreten Fall unter Beteuerung der Solidarität mit dem span.Volk von der Regierung vorgetragen wird, müssen wir abwehren. und den politischen Charakter dieser kleinen Schritte auf der Ebene der Justiz in Zusammenhang mit der allgemeinen Rechtsentwicklung der Bourgeoisie auf der Ebene des Parlaments ans Tageslicht bringen und entlarven. Dies ist unbedingt notwendig für die weitere Entwicklung und Entfaltung der Solidaritätsbewegung, für die Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit von den Interessen der Bourgeoisie.

Bei der Beurteilung, ob die Solidarität mit dem span.Volk einen politisch richtigen Ausdruck gefunden hat, müssen wir festhalten an der Beantwortung der Frage:

Unterwerfung der Politik der Arbeiterklasse unter die Interessen der Bourgeoisie, ja oder nein?

Unser Standpunkt in dieser Frage ist ein klares Nein. Deshalb fordern wir die Einstellung der Prozesse und enthüllen gleichzeitig die

- pro faschistische Spanienpolitik der Bourgeoisie
- den politischen Charakter von Polizei und Justiz entlang den demokratischen Forderungen unseres Programmentwurfs.

Als Grundlage für den Aufbau einer demokratischen Bewegung schlagen wir einzig und allein vor, vom Justizminister die sofortige Einstellung des Prozesses zu fordern.
Für die Unterstützung dieser Forderung ist nicht entscheidend, ob die Iberia-Aktion selbst für richtig oder falsch gehalten wird, sondern einzig und allein die ablehnende Haltung gegen diese strafrechtliche Verfolgung, aus welchen Gründen auch immer.

Eines muß dabei klar sein:
Der Hauptstoß dieser Bewegung richtet sich nicht gegen das Gericht und die Polizei; der Hauptstoß richtet sich gegen die Politik der Regierung und als ihren Exponenten in dieser Frage dagegen, daß der Justizminister es zuläßt, daß hier, entgegen allen Tatsachen, Teilnehmer an der Demonstration zu Kriminellen gestempelt werden sollen. Dieser Hauptstoß muß in allen Aktivitäten in richtiger Weise zum Ausdruck kommen.

(4) Die allgemeinen Bedingungen für die Gewinnung der Massen für diese Forderung sind, wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, günstig und wir sind bereits auf Unterstützung gestoßen. Ein Fehler aber wäre es zu glauben, daß wir die Unterstützung ohne Anstrengungen erreichen können. Dies deshalb, weil wir v.a. bei den sozialdemokratischen Organisationen und Personengruppen mit einer gewissen Reserviertheit rechnen müssen. Der Schlag der Parteileitung in Sachen Wehrgesetznovelle hat diesen Organisationen einen gehörigen D ämpfer versetzt, von dem sie sich erst wieder "erholen" müssen. Umso wichtiger ist die Orientierung auf den Aufbau einer Bewegung von unten, umso mehr liegt es an uns, die Sache in ganz Österreich bekannt zu machen.

(5) Das Hauptmittel, das wir gegenwärtig organisiert für die Schaffung einer Öffentlichkeit einsetzen sind die Unterschriftenlisten. Wir fordern alle in Frage kommenden Organisationen auf

1. Vom Justizminister die Einstellung der Prozesse zu fordern,
2. Sich der Unterschriftensammlung anzuschließen.

Daneben stehen uns die zentralen Flugblätter und die Zeitung zur Verfügung.
Die Kontaktadresse, bei der alle Ergebnisse gesammelt werden sollen, an die alle Unterschriftenlisten geschickt werden sollen ist:
Herbert Genowitz, 1030 Wien, Steingasse 31/18

k.P.

Resolution der acht aus dem ANC - Südafrika ausgeschlossenen Mitglieder

Im Oktober 1975 wurden acht führende Mitglieder aus dem ANC-Südafrika ausgeschlossen auf Betreiben der von der South Afrikan Comunist Party dominierten Führungsclique. Die "S.A.C.P. ist eine Handvoll Opportunisten, die in Südafrika über keinerlei Verankerungim Volke verfügt."(Alle hier aufgeführen Zitate sind Äußerungen der acht ausgeschlossenen afuikanischen Patrioten.) Dieser Ausschluß war nur ein Ergebnis der langfristig angelegten Unterwanderung des ANC durch die SACP. Die SACP wird finanziert von der Sovietunion. Bereits 1968 versuchte sie, sich über die Forderung, die Congress Allianco im Ausland zu erneuern und einen "Concil of War" zu gründen, Kontrollfunktionen im ANC zu verschaffen. Als ihnen sies nicht gelang,nahmen sie es 1969 bei der Morogoro-Konferenz des ANC erneut in Angriff. Es gelang der SACP mit einem dreisten und hinterhältigen Trick - und Ausnützung inerner Schierigkeiten im ANC den Antrag durchzubringen, daß im ausländischen Flügel des ANC auch Weiße, Inder und Mischlinge Mitglieder werden können. So gelang es der SACP die in Südafrika sebst über keinerlei Verankerung unter den Afrikanern und anderen Teilen des Volkes verfügt, unter der Vorgaukelung des Prinzips der Gleichheit der Rassen in den Auslandsflügel des ANC einzudringen.
Hinter der SACP steht die Sowjetunion, die sich mit Hilfe dieser Partei den ANC abhängig machen will, um auf diese Weise ihren Einfluß in Afrika und speziell im wirschaftlcih reichen und strategisch wichtigen südlichen Afrika weiter auszudehnen. Die Völker des südlichen Afrika sollen sich nicht im Vertrauen auf die eigene Kraft befreien, undt nicht ihr Land und ihre Gesellschaft so aufbauen, wie sie selbst es wollen, sondern sies soll geschehen im Vertrauen auf die allmächtige Sowjetunion. Auf sieser Grundlage und mit Hilfe reichlich fließender Rubel setzt sie SACP alles daran, ihre konterrevolutionäre Politik im ANC durchzusetzen. "Das Ergebnis dieses Zustandes war die unvermeidliche Lähmung demokratischer Entscheidungsprozesse im ANC heute". Dies praktizierte auch die von der SACP dominierte Führungsclique beim Ausschluß der acht Führungsmitglieder, denen sie weder die Gründe für ihren Ausschluß mitteilte, noch ihnen die Gelegenheit zur Verteidigung gab. Die acht erfuhren von ihrem Ausschluß z.T. in einer öffentlichen Versammlung von Südafrikanern in London, z.T. aus der Presse, wo sie als "Imperialistische Agenten, Anti-Kommunisten, Rassisten und sogar Tribalisten" auf das Unverschämteste angegriffen wurden.

Die acht ausgeschlossenen Führungsmitglieder haben sich als ANC (African Nationalists) zusammengeschlossen, wobei sie von den großen Teilen des ANC unterstützt werden.

- Sie trten auf das Entschiedenste gegen die von der SACP dominierte Führungsclique auf, die sich immer mehr von den Massen im ANC isoliert.
- Sie verurteilen jegliche Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der Völker Südafrikas und ihrer Oranisationen
- Sie verfolgen eine Politik der Unabhängigkeit und der "freundscahftlichen Beziehungen mit allen Opponenten des rassistischen Regimes in Pretoria und allen, die unseren Kampf unterstützen, aber diese Beziehung beruht auf der Basis der vollständigen Souveränität und des gegenseitigen Respekts der jeweiligen anderen Positionen."
- Die verurteilen die von der SACP geführte Clique in der Führung aufs Schärfste, da sie den Kampf des afrikanischen Volkes sabotiert haben, "Zwietracht und Zersplitterung in die Reihen der Revolution sät, gerade in der gegenwärtigen Situation im südlichen Afrika, die gekennzeichnet ist durch die glänzenden Siege

die von den Befreiungsbewegungen in Mozambique, Angola und Guinea'Bissao durch den bewaffneten Kampf errungen worden sind und die gerade auch für Südafrika die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes und der nationalen Einheit klar" zeigt.

- Sie fordern, daß als Nächstes und vordringlich eine nationale Konferenz einberufen wird, die einen Präsidenten Präsidenten und eine Führung wählen solle, die mit einem klaren Mandat versehen, und fähig sei, den revolutionären Kampf zu führen; weiterhin treten sie ein für eine sofortige Reorganisierung der verschiedenen Gruppierungen des ANC in Südafrika; "es sollte so sein, daß alle Anweisungen und alle Aktivitäten aus dem Lande selbst kommen."
- Als weitere Aufgaben bezeichnen sie, "das politische Bewußtsein im Volke zu heben, den politischen Druck gegen das rassistische Regime zu erhöhen und uns für seine endgültige Zerschlagung durch den bewaffneten Kampf vorzubereiten", da "nur ein Volkskrieg das faschistische weiße Minderheitensystem zerschlagen" kann.
- Der Vorsitzende des ANC (African Nationalists) sagte am 23. März dieses Jahres in Dar-es-Salam: "Die Einheit mit anderen Befreiungsorganisationen in dieser Phase ist unbedingt erforderlich und alle Anstrengungen müssen unternommen werden, diese herzustellen. Jüngste Erfahrungen in Afrika haben deutlich gemacht, dß die Politik der Einheit auf einer prinzipienfesten Basis die beste Lösung ist, die ein Volk gegen äußere Unterwanderung haben kann."

Die AAB-Mitgliederversammlung verurteilt auf das Entschiedenste jegliche Einmischungsversuche der SU in die inneren Angelegenheiten des ANC, einer nationalen Befreiungsorganisation des afrikanischen Volkes von Südafrika.
Die AAB unterstützt bedingungslos den Befreiungskampf des Volkes con Südafrika, den Zusammenschluß der verschiedenen Nationalitäten und aller patriotischen und fortschrittlichen Kräfte auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes.
Dieser Befreiungskampf wird geführt im Vertrauen auf die eigene Kraft zur endgültigen Zerschlagung des rassistischen faschistischen Regimes.
Diesen Kampf des südafrikanischen Volkes gehört auch unsere brüderliche Solidarität !

Stany :